

burg vor, womit sich der König auch einverstanden erklärte. Er sandte zu den Verhandlungen, die am 30. Dezember begannen, den Geheimen Legationsrat von Hertzberg. Die Österreicher begehrten Glaz und boten dafür erst eine Geldentschädigung, dann eine Grenzberichtigung in Oberschlesien. Aber von preussischer Seite wurde das alles rundweg abgelehnt und einfach die Herstellung des Zustandes vor dem Kriege verlangt. Schließlich fügten sich die Österreicher. Die handelspolitischen Bestimmungen des Dresdener Friedens, die auf Fortsetzung der alten Handelsbeziehungen zwischen Schlesien und Österreich gingen, wurden nicht wiederholt: die Handelsperre zwischen Preußen und Österreich wurde dauernd. Das Aufstinnen Österreichs, daß die Lande Ansbach und Bayreuth künftig nicht mit dem preussischen Staat vereinigt, sondern wieder als Sekundogenitur ausgetan werden sollten, wurde von Preußen zurückgewiesen. Dem Erzherzog Joseph wurde die brandenburgische Kurstinne für die Kaiserwahl zugesichert.

Auf diese Bedingungen ist am 15. Februar der Friede von Hubertusburg geschlossen worden. Zu Hertzberg sagte der König: „Es ist doch ein gutes Ding um den Frieden, den wir abgeschlossen haben, aber man muß es sich nicht merken lassen.“ Und an den Prinzen Heinrich schrieb er: „Hätte der Staat eine Provinz annektieren können, so wäre das gewiß sehr gut gewesen; aber da das nicht von mir, sondern vom Glück abgehungen hat, so stört der Gedanke daran meine Ruhe keineswegs.“

Hat also Friedrich keine greifbaren Vorteile an Land und Leuten bei diesem Friedensschluß erlangt, so war doch von unberechenbarer Bedeutung der moralische Eindruck, den sein heldenmütiger Kampf in ganz Europa gemacht hatte. Er hat für seinen Staat damals unwiderruflich die Stellung einer Großmacht begründet; Preußen galt seitdem als die erste Militärmacht der Welt. Der Name der Preußen hatte einen stolzen Klang gewonnen, und die verschiedenen Landschaften begannen sich als ein staatliches Ganzes zu fühlen. Teils mit Anerkennung, teils mit Abneigung sprach man im Reiche von dem, was Goethe „Wert, Würde und Starsinn der Preußen“ nannte. Der König aber kehrte, weit über seine 52 Jahre hinaus gealtert, in seine verwüsteten Staaten zurück, Berge von Arbeit vor sich sehend, um die schweren wirtschaftlichen Folgen dieses furchtbaren Krieges wieder gut zu machen.

### Restablisement und Wirtschaftspolitik seit 1763.

Die allererste Sorge nach dem Friedensschluß galt der Wiederherstellung der Armeeausrüstung, die natürlich im Kriege stark gelitten hatte, und der Auffüllung des Staatsschatzes; der größte Teil der 29 Millionen, die sich noch in den Feldkriegskassen des Königs befanden, wurde dazu verwendet. Dann kam die große Arbeit des „Restablisements“, wie man es nannte: die Heilung der Kriegsschäden und die Wiederherstellung der Landeswohlfahrt; damit verbanden sich sogleich große Meliorationspläne und weit ausgreifende Projekte der Wirtschaftsreform. Der König bereifte selbst die Provinzen und leitete in persönlicher Besprechung mit den Kammerpräsidenten und Landräten die notwendigen Maßnahmen ein: Brot- und Saatcorn wurden verteilt, wo sie mangelten, der stark verminderte Viehbestand wurde mit staatlicher Unterstützung ergänzt; 25 000 Wispel Getreide, 17 000 Wispel Hafer, 35 000 Pferde wurden sofort in den

Provinzen unentgeltlich verteilt, die zerstörten Häuser wurden mit staatlicher Unterstützung wieder aufgebaut. Sechs Millionen Taler sind im Laufe des ersten Jahres auf solche Unterstützungen verwendet worden. Es erfüllte den König mit hoher Befriedigung, daß bei dieser rechtzeitig und energisch eingreifenden Fürsorge die Provinzen sich sehr schnell wieder erholten und die Nachwehen des Krieges bald überwunden waren. Bei alledem hatte er noch Geld genug, um sofort nach dem Friedensschluß den Bau eines großen Schlosses bei Potsdam in Angriff zu nehmen: es ist das sogenannte Neue Palais, das 2½ Millionen Taler kostete und dessen Bau und Ausstattung Arbeitsgelegenheit für Hunderte von nützigen Händen und lohnenden Absatz für die Manufakturen der Hauptstadt schaffte. Die Münzverwirrung, die während des Krieges eingetreten war, wurde schnell beseitigt, indem das schlechte Geld nach festen Umrechnungssätzen eingezogen und seit 1764 nur noch gutes Geld nach dem alten Fuß von 1750 geduldet wurde. Natürlich hatten die Geldbesitzer unter solchen Maßregeln zu leiden; und mit dieser Schädigung des Geschäftslebens verband sich eine große und allgemeine Geld- und Handelskrisis, die bald nach dem Friedensschluß von Amsterdam und Hamburg ausging und auch Berlin stark in Mitleidenschaft zog. Unter anderen ist ihr auch der Berliner Kaufmann Gokkowsky zum Opfer gefallen, Besitzer einer Porzellan- und einer Seidenstoffabrik, ein unternehmender und patriotischer Mann, der bei der russisch-österreichischen Invasión von 1761 die der Stadt Berlin auferlegte Kontribution zum großen Teil aus seinen Mitteln und unter Ausnutzung seines Kredits im Auslande vorgeschossen hatte. Der König hat versucht, ihn zu retten. Er kaufte ihm die Porzellanfabrik für einen guten Preis ab: es ist die heute noch bestehende königliche Manufaktur, deren Erzeugnisse sich bald neben denen der sächsischen Fabrik in Meißen einen Weltruf verschafft haben. Auch sonst wurde Gokkowsky mehrfach unterstützt; aber seine Verhältnisse waren durch die verwickeltesten Geldgeschäfte, die er gemacht hatte, so zerrüttet, daß ihm nicht mehr zu helfen war. Er brach bald darauf noch einmal zusammen und kam nicht wieder in die Höhe; er ist in Dürftigkeit gestorben.

Eben in dieser kritischen Zeit nach dem Kriege ging der König mit großen Plänen um, die hinausliefen auf eine großartige Konzentration der Kapitalien und des Geldverkehrs, auf eine einheitliche und planmäßige Einrichtung von Handel und Fabrikation unter Leitung und Aufsicht des Staates. Es sind Pläne, die an die Idee einer staatssozialistischen Organisation des gesamten Wirtschaftslebens streifen; sie sind nur zum kleinsten Teil verwirklicht worden, und die Überlieferung davon ist unsicher und lückenhaft. Der König war dabei hauptsächlich beraten von einem Italiener, Calzabigi aus Livorno, der von den Behörden wie von den Kaufleuten mit Abneigung und Mißtrauen betrachtet wurde. Im Mittelpunkt dieser Pläne stand die Begründung einer Bank nach dem Muster der englischen, an die aller Geldverkehr gebunden sein sollte; sie sollte einerseits mit der Münze, andererseits mit einer Anzahl großer monopolistischer Handelskompanien in Zusammenhang gebracht werden, so daß das gesamte geschäftliche Leben von hier aus übersehen und geleitet werden konnte; insonderheit auch die industrielle Produktion sollte auf Grund einer Bedarfsstatistik planmäßig geregelt und auf die einzelnen Fabrikunternehmungen verteilt werden. Die ganze Volkswirtschaft sollte gewissermaßen wie ein

Riesentrust organisiert werden. Zur Verwirklichung dieses Planes ist es nicht gekommen; nur einzelne Teilstücke davon traten ins Leben: vor allem die Bank selbst, aber ohne den anfangs beabsichtigten Zwang in der Vermittlung des Geldverkehrs und ohne den geplanten Zusammenhang mit den übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen; ferner eine Seeassuranzgesellschaft, eine Brennholz- und eine Nutzholzgesellschaft mit ausschließlicher Berechtigung zur Versorgung der Residenzstädte mit Brennholz und zur Ausfuhr von Schiffs- und anderem Bauholz aus den staatlichen und städtischen Forsten der Kurmark und des Herzogtums Magdeburg, beide seit 1766 verstaatlicht; weiterhin eine Levantische Kompanie, ein russisches Kontor für den Einfuhrhandel aus Rußland, später auch (1769) eine Peringskompanie in Emden, die der durch den Krieg ruinierten Ostindischen Kompanie mit besserem Glück zur Seite trat.

Gegen alle diese neuen Gründungen verhielt sich die Geschäftswelt zunächst durchaus ablehnend, und auch das Generaldirektorium wollte in einem Bericht vom 1. Oktober 1766 gerade diese neuen Einrichtungen des Königs verantwortlich machen für die große Handelskrisis, von deren Wesen und Ursachen man damals noch keine zutreffenden Vorstellungen hatte. Der König war empört, weil er glaubte, daß die Beamten mit den Kaufleuten gleichsam in einer stillen Verschwörung gegen ihn sich befänden. Zu der Kabinettsorder vom 2. Oktober 1766, die dem Generaldirektorium eine sehr ungnädige Antwort auf seinen Bericht erteilte, fügte er in einer eigenhändigen Nachschrift noch die entrüsteten Worte hinzu: „Ich erstaune über der impertinenten Relation, so sie mir schicken. Ich entschuldige die Ministres mit ihre Ignoranz, aber die Malice und Corruption des Concipienten muß exemplarisch bestraft werden, sonst bringe ich die Cauaillen niemals in der Subordination.“ Der unglückliche Konzipient, der Geheime Finanzrat Ursinus, ein tüchtiger Beamter, den der König sonst schätzte, wurde kassiert und nach Spandau auf die Festung gebracht. Von einer eigentlichen Bestechung, wie sie der König argwöhnte, fand sich nichts; aber einige kleine Unregelmäßigkeiten im Dienst gaben Veranlassung dazu, daß er zu einjähriger Festungshaft verurteilt wurde.

Die Abneigung der Kaufleute gegen die neuen Einrichtungen wurde allmählich überwunden, wenn auch ein starker Zwiespalt zwischen der Wirtschaftspolitik des Königs und der hergebrachten Art des Handelsbetriebes bestehen blieb. Friedrich hat oft geklagt, daß die Kaufleute in seinen Landen eigentlich nur Kommissionäre des Auslandes seien, daß sie sich begnügten, für eine bescheidene Provision die Geschäfte der Holländer, Hamburger, Sachsen und Franzosen zu besorgen, die den preußischen Markt mit ihren Fabrikaten versahen. Er wollte dagegen einen aktiven Eigenhandel großen Stils ins Leben rufen, der auf der heimischen Gewerbtätigkeit beruhen und ein dienendes Glied der preußischen Volks- und Staatswirtschaft sein sollte. Dagegen wehrten sich die Kaufleute, weil ihnen das Risiko zu groß und das Ganze überhaupt zu neu war und auch weil es ihnen an Kapital und Unternehmungsgeist fehlte. Gerade diesen Mängeln aber wollte der König durch seine Monopoleinrichtungen abhelfen. Die Zersplitterung des Kapitals, die Hemmung durch gegenseitige Konkurrenz sollte zunächst vermieden werden; einige große privilegierte Gesellschaften sollten erst gleichsam das Eis brechen; ihr Erfolg sollte dann anderen Lust machen, es ihnen gleichzutun. Die Monopole waren nicht als dauernde

Einrichtungen gemeint, sondern nur als Anregungsmittel für den Unternehmungsgeist, als Hilfe für die ersten Gehversuche großer geschäftlicher Unternehmungen. Die Hauptabsicht dabei war nicht eine fiskalische, sondern eine volkswirtschaftliche.

In den Zusammenhang dieser umfassenden Neuordnung des Wirtschaftslebens muß man auch die große Reform in der Akziseverwaltung stellen, die man mit dem Ausdruck der Regie zu bezeichnen pflegt. Hierbei kam es allerdings auf eine Erhöhung der Einnahmen an; aber es ist nicht richtig, daß der König eine Mehreinnahme von zwei Millionen Talern verlangt, und als die Minister das als unmöglich bezeichneten, sich an die Franzosen gewandt habe. Der König war seit langem mit den Erträgen der Akzise unzufrieden; er glaubte, daß große Hinterziehungen und Unterschleife stattfänden und plante eine schärfere Überwachung, wie sie in Frankreich üblich war. Er glaubte, daß auf diese Weise höhere Erträge zu erzielen sein würden, ohne daß der Druck verstärkt würde; namentlich die ärmeren Klassen glaubte er wohl sogar noch erleichtern zu können. Zu seinen damaligen Ministern hatte er kein besonderes Vertrauen; sie waren fast sämtlich neu und unerfahren. Er hat eine Zeitlang an eine Verpachtung der Akzise gedacht, wie sie in Frankreich bestand. Von dem Philosophen Helvetius, der selbst Finanzpächter gewesen war, hat er sich französische Sachleute dazu empfehlen lassen; doch scheiterte der Plan, weil sie die geforderte Kaution nicht aufbringen konnten. Es blieb bei der staatlichen Verwaltung, aber sie wurde ganz anders eingerichtet als früher. Die Verwaltung der Akzisen und Zölle wurde von der allgemeinen Staatsverwaltung getrennt und in allen Instanzen besonderen Behörden übertragen, so daß an die Stelle der überlasteten Steuerräte lokale Akziseinspektoren, an die Stelle der Kriegs- und Domänenkammern besondere Provinzialsteuerrichtungen für diesen Dienstzweig traten, und im Generaldirektorium das vierte Departement als ein neues Fachdepartement für die Akzise- und Zollverwaltung eingerichtet wurde, während die sämtlichen Provinzen jenseits der Weser unter dem dritten Provinzialdepartement zusammengefaßt wurden. An der Spitze des technischen Dienstes stand der Generalregisseur de Launay mit vier anderen französischen Regisseuren, die alle neben einem hohen Gehalt noch eine Lantime von 5 % auf den Überschuß erhielten, der sich gegenüber den Erträgen des Rechnungsjahres 1765/66 ergab. Auch in den leitenden Provinzstellen waren viele Franzosen angestellt, im ganzen aber nicht über 200; sie sollten die verfeinerte französische Technik des Dienstbetriebes einführen, die man in Deutschland noch nicht kannte.

Mit dieser Veränderung in der Verwaltungsorganisation war zugleich eine allgemeine Tarifreform verbunden, bei der der König immer den Gesichtspunkt möglichster Schonung der ärmeren Klassen zur Geltung brachte. Er ist gegenüber den technisch-finanziellen Schwierigkeiten damit freilich nicht völlig durchgedrungen; Bier, Brauntwein und Fleisch wurden tatsächlich erheblich höher besteuert als früher; aber die Akzise auf das Viehl ist doch wenigstens abgeschafft worden.

Neben dem sozialpolitischen Gesichtspunkt hatte der König namentlich noch einen handelspolitischen bei der Reform im Auge. Er hoffte auf eine wirksame Bekämpfung des Schmuggels durch die neuen Einrichtungen. Zu diesem Zweck wurden jetzt an den Grenzen zur Überwachung des Ausland-

verkehrts berittene Grenzwächter gehalten, die sogenannten Brigaden. Es war ein Versuch, wenigstens teilweise das fehlende Grenzzollsystem zu ersetzen.

Der finanzielle Erfolg der Regie läßt sich dahin zusammenfassen, daß für die 20 Jahre von 1766—1786 ein Mehrertrag von 23½ Millionen sich herausgestellt hat, wobei die Erträge der inzwischen erworbenen Provinz Westpreußen in Abrechnung gebracht sind. Die Gegner der Regie meinten, daß dieses Resultat auch ohne die Franzosen erreicht worden wäre. Ob das zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Natürlich waren die Verwaltungskosten höher als früher,  $\frac{1}{10}$  statt  $\frac{1}{15}$  der Bruttoeinnahme; aber dafür wurde auch der Schmuggel jetzt wirksamer bekämpft. Die Franzosen haben manchen Anlaß zu berechtigter Klage gegeben, und der König dachte schon 1783 daran, sie zu entlassen. Aber der eigentliche Leiter der Regie, der Geheime Finanzrat de Lamay, der in beständiger Immediatkorrespondenz mit dem König damals vielleicht den wichtigsten Posten in der inneren Verwaltung bekleidete, hat sein Amt untadelhaft geführt und dem König von Preußen mit Eifer und Verstand gedient. Auch die schärfste Untersuchung hat nach Friedrichs Tode ihm nichts Unrechtes nachzuweisen vermocht.

In ähnlicher Weise wie die Akziseverwaltung wurde 1766 auch das Postwesen umgestaltet. Ein französischer Generalintendant übernahm die Verwaltung; an seine Stelle trat aber schon 1769 ein deutscher General-Postmeister. In die Postverwaltung kam damit ein stärkerer fiskalischer Zug als bisher.

Eine rein fiskalische Maßregel von großer Bedeutung war die Einführung des Tabakmonopols, das zwar sehr unpopulär war, aber eine jährliche Einnahme von mehr als einer Million, zuletzt über 1½ Millionen Taler brachte. Noch viel unpopulärer war das staatliche Kaffeemonopol, das erst 1781 eingerichtet worden ist, anfänglich in der Absicht, den Kaffeeverbrauch durch starke Verteuerung der Ware zugunsten der altherkömmlichen einheimischen Bierzuppe einzuschränken. Der Ertrag war nicht sehr bedeutend. Auch eine staatliche Klassenlotterie ist damals eingerichtet und zuletzt an zwei Staatsminister verpachtet worden. Die Pachtsumme betrug 75 000 Taler.

Tritt in diesen Einrichtungen vornehmlich die fiskalische Seite der friederizianischen Staatsverwaltung hervor, deren zunehmende Bedeutung durch die wachsenden Anforderungen des Militärstats bedingt waren, so nahm auf der anderen Seite doch auch die unmittelbare Wohlfahrtspflege einen immer breiteren Raum in der Verwaltungstätigkeit des Königs ein. Von 1763 bis 1786 hat er mehr als 40 Millionen Taler für außerordentliche Unterstützungen und Meliorationen ausgegeben, die hauptsächlich der Landwirtschaft zugute kamen; in den letzten Jahren seiner Regierung sind jährlich 2—3 Millionen für solche Zwecke verwandt worden. Die neuen Einnahmen aus der Regie und den Staatsmonopolen flossen in die Dispositionskasse des Königs, aus der solche Ausgaben bestritten wurden; im übrigen diente sie zur Auffüllung des Staatsschatzes, der beim Tode Friedrichs auf einen Bestand von 55 Millionen gebracht war. „Ich lasse eine oder anderthalb Millionen mehr im Tresor oder nicht, das ist gleichviel,“ — so hat der König sich einmal geäußert — „und es ist besser, wenn ich noch bei meinem Leben Gutes damit stifte.“

Auf seinen jährlichen Reisen zu den Truppenrevuen achtete Friedrich sehr genau auf alle wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der Provinzen.

Kleine statistische Taschenbücher, die er mit auf die Reise nahm, setzten ihn in den Stand, sich schnell zu orientieren; Landräte, Domänenpächter, Steuererräte mußten ihm Auskunft geben; er sprach auch oft mit Privatpersonen, wie es aus zahlreichen Anekdoten bekannt ist. Bei den großen Meliorationsunternehmungen hielt er sich gern an besondere Kommissarien wie Brendenhoff und Schütz in Pommern und der Neumark. Die Regulierung von Flußläufen, die Austrocknung von Sümpfen durch Anlage von Kanälen, überhaupt die Wasserwirtschaft nahm bei diesen Meliorationsarbeiten eine wichtige Stelle ein. Die Urbarmachung des neumärkischen Nege- und Warthebruchs, die Besiedlung der Madüe-Umgegend in Pommern, des Drömling in der Altmark, die Anlage von Moorcolonien in Ostfriesland, der Bau eines Kanals aus den masurischen Seen nach dem Pregel — das waren solche Meliorationen großen Stils, durch die viele tausend Morgen Ackerland dem Sumpf und Moor abgerungen worden sind. Bei der Ansiedlung wurde hauptsächlich Bedacht auf Bauerndörfer genommen; mehr als 300 Domänenvorwerke ließ der König zerschlagen und zu Vanernhöfen auslegen. Daneben wurden auch Büdner mit kleinem Besitz angesiedelt, um einen Stamm ansässiger ländlicher Arbeiter zu schaffen.

Seit 1765 wurde begonnen, durch Teilung der Gemeinheiten und Zusammenlegung der im Gemenge befindlichen Ackerparzellen kompakte ländliche Einzelwirtschaften zu schaffen — ein Verfahren, das allerdings in der Hauptsache erst im 19. Jahrhundert durchgeführt worden ist und damals hauptsächlich nur dazu diente, die Rittergüter aus der alten Gemengelage der Dorfflur herauszulösen. Die Verbesserung der Landwirtschaft war ein eifrig verfolgtes Ziel der friderizianischen Wirtschaftspolitik: Verbesserung des Weizenbaus, Einführung der Stallfütterung, Vermehrung des Viehbestandes, Übergang zu der englischen Schlag- oder Koppelwirtschaft, wo sie möglich war — das waren einige von den Hauptgegenständen, um die es sich dabei handelte. Eine rationelle Forstpflanze trat hinzu; sie war um so notwendiger, als während des Krieges eine arge Waldverwüstung um sich gegriffen hatte, und sie gab die Grundlage für die gewinnreiche Verwertung des Holzes durch die oben erwähnten Handelsgesellschaften.

Die Zahl der Familien, die in den 46 Jahren der Regierung Friedrichs des Großen auf dem platten Lande angesetzt worden sind, beträgt 57 475, während die heutige Ansiedlungskommission in der Ostmark in 20 Jahren nur 11 957 Familien angesiedelt hat. Die Zahl der Kolonisten überhaupt, die in Stadt und Land bis 1786 angesiedelt worden sind, wird auf 300 000 berechnet, so daß 1786 jeder fünfte Mensch in Preußen einer Kolonistenfamilie angehörte. Nur so ist die für jene Zeit sehr starke Vermehrung der Bevölkerung zu erklären, die im Durchschnitt jährlich bis zu  $1\frac{1}{2}$  % betrug. Die Lücken, die der Krieg in die Bevölkerung gerissen hatte, sind sehr bald wieder ausgefüllt worden. Eine Bevölkerungsliste von 1775 zählt, mit Einschluß des Militärs und abgesehen von Westpreußen, 4,5 Millionen gegen 4,1 Millionen im Jahre 1756.

Das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis ist auch jetzt noch nicht aufgelöst worden. Der König hatte zwar bei dem Restablisement von Pommern im Jahre 1763 einmal befohlen, daß alle Leibeigenschaft aufhören solle; aber er ließ sich dann doch überzeugen, daß das bestehende Verhältnis der Erbuntertänigkeit nicht aufgelöst werden könne, ohne daß die Rittergutsbesitzer entweder

zugrunde gerichtet würden oder aber entschädigt werden müßten. Er begnügte sich insolgedessen, nach Möglichkeit die Mißbräuche zu beseitigen, die dabei im Schwange gingen. Die gemessenen Frondienste der Bauern (höchstens 3—4 Tage in der Woche) ließen sich selbst auf den Domänen nicht dauernd festhalten, geschweige, daß sie auf den Rittergütern allgemein zur Einführung gelangt wären. Die Domänenbauern erhielten aber wenigstens durchweg erbliches Besitzrecht. Allgemein wurde anbefohlen, Urbarien aufzunehmen, durch welche die Dienste und Leistungen der Bauern ein für allemal festgesetzt werden sollten, um willkürlicher Erhöhung durch die Gutsherren vorzubeugen; doch schlug die Maßregel durch die Art ihrer Ausführung unter dem Nachfolger Friedrichs mehr zum Schaden als zum Nutzen der bäuerlichen Erbuntertanen aus.

Um der Kreditnot der Rittergutsbesitzer abzuhelpen, die namentlich nach dem Kriege stark hervortrat, wurde die Begründung von ritterschaftlichen Kreditverbänden, der sogenannten Landschaften, begünstigt und aus Staatsmitteln unterstützt, so namentlich in Schlesien, den Marken und Pommern. Für den ganzen Staat aber wurde 1783 eine neue allgemeine Hypothekenordnung erlassen, welche die Interessen der Gutsbesitzer und der Gläubiger in billiger Weise zu vereinbaren bestrebt war.

Trotz der starken industrialistischen Tendenz der friderizianischen Regierung war Preußen doch im Grunde immer noch vorwiegend Agrikulturstaat geblieben; aber die landwirtschaftlichen Interessen mußten sich zugunsten der Gewerbe und der brotverzehrenden Bevölkerung manche Beschränkung gefallen lassen. Das Wollausfuhrverbot wurde jetzt auch Sachsen gegenüber mit aller Strenge zur Anwendung gebracht und seit 1764 auch auf den Verkehr zwischen Schlesien und Osterreich ausgedehnt. Die Getreideausfuhr wurde in der Hauptsache gesperrt; der König erlaubte sie nur von Fall zu Fall auf Freipässe, die er persönlich unterzeichnete; und er richtete sich dabei nach der jeweiligen Marktlage und den Ernteausichten, die er an der Hand der monatlichen Berichte seiner Kammerpräsidenten aus allen Teilen des Landes sehr genau verfolgte. Die Einfuhr blieb in der Hauptsache verboten. War Mangel an Getreide vorzusehen, so ließ der König selbst durch seine Magazinbeamten unter der Hand Getreide in Polen aufkaufen, meist zu verhältnismäßig niedrigen Preisen. Der Kornhandel der Privatleute wurde dadurch nicht gänzlich beseitigt, aber die Spekulation war unterdrückt, und der König hatte die Möglichkeit, auf dem im wesentlichen geschlossenen Markt seines Landes die Preisbildung sehr wirksam zu beeinflussen. Sein Bestreben war dabei auf mittlere und möglichst gleichbleibende Preise gerichtet. Sank der Kornpreis unter die Grenze, bei der der Landwirt noch mit Gewinn produzieren konnte, so wurden große Einkäufe für die Magazine gemacht, was dann den Preis sofort erhöhte. Stiegen aber die Preise so hoch, daß der Handarbeiter und der Soldat, der sich ja von seiner Löhnung damals selbst verpflegen mußte, nicht mehr ihr Auskommen fanden, so wurden große Mengen von Korn aus den Magazinen auf den Markt gebracht, so daß dadurch ein Sinken der Preise herbeigeführt wurde. Der König sagt in seinem politischen Testament von 1768, er sehe es als seine Pflicht an, die Interessen der Gutsherren gegen die der Lohnarbeiter und der Soldaten zu balancieren.

Dies System der Getreidehandelspolitik hat mit vollem Erfolg erst durchgeführt werden können, als der König nach der polnischen Teilung in die Lage

kam, den Weichselverkehr zu kontrollieren und den polnischen Markt zu beherrschen. Den Höhepunkt seiner Leistungen hat es in den Hungerjahren erreicht, die den allgemeinen Missernten von 1771 und 1772 folgten. Während ringsherum in den benachbarten Ländern furchtbare Hungersnot herrschte, ist es in den preussischen Provinzen gelungen, den Kornpreis auf einer immer noch erträglichen Höhe zu halten. Nicht minder bewährt hat es sich auch, als dann infolge überreicher Ernten von 1777—80 die Preise so tief sanken, daß die Landwirte klagten, sie könnten dabei unmöglich bestehen. Damals haben die Magazineinkäufe den Preis wieder auf eine mittlere Höhe gehoben. Er wurde eben nicht bloß durch die Geschäftslage und gar nicht durch die Spekulation bestimmt, sondern durch die planmäßige, von staatswirtschaftlichen Erwägungen geleitete Fürsorge der Regierung.

### Die Erwerbung Westpreußens und die Handelspolitik.

In der auswärtigen Politik stützte sich Friedrich nach dem siebenjährigen Kriege hauptsächlich auf ein Bündnis mit Rußland, das am 11. April 1764 geschlossen worden ist; er hat immer den größten Wert darauf gelegt, weil es ihn der Gefahr völliger Isolierung in der europäischen Staatenwelt überhob. Die Brücke zur Verständigung zwischen Preußen und Rußland war die polnische Frage gewesen, die sich beim Tode Augusts III. (5. Oktober 1763) erhob. Es war im Grunde damals schon die Frage, welche von den europäischen Mächten die Herrschaft über dieses ganz verkommene Reich in irgendeiner Form gewinnen werde. Bei jeder neuen Königswahl wurde es herkömmlicherweise zum Tummelplatz selbstsüchtiger Bestrebungen der großen Kontinentalmächte. Seit dem Thronfolgekrieg von 1733, durch den die Krone an August III. gekommen war, herrschte der russische Einfluß in Polen durchaus vor. Preußen war dadurch auf das äußerste bedroht. Im siebenjährigen Kriege war Polen dem Namen nach neutral gewesen; tatsächlich aber war es zur Operationsbasis für die russischen Armeen geworden, und mehrmals hatten sich polnische Freikorps im Dienste Rußlands und Österreichs an dem Kampf gegen Preußen beteiligt. Das russisch-österreichische System, auf dem das polnische Königtum des sächsischen August beruht hatte, war nun aber nach dem siebenjährigen Kriege unhaltbar geworden. Österreich hatte sich nach dem Hubertusburger Frieden von neuem auf das engste an Frankreich angeschlossen; Frankreich aber war der entschiedenste Gegner der russischen Herrschaft in Polen, die Katharina erstrebte, und dadurch geriet nun auch Österreich in der polnischen Frage in einen Gegensatz zu Rußland, der dieses auf die Seite Preußens drängte.

Friedrich verkannte die ehrgeizigen Ziele der russischen Politik nicht. Er sah voraus, daß bei ihrer Verwirklichung Rußland einmal der Schrecken Europas werden konnte. Aber, um sich, wie er sagte, ein paar Jahre soliden Friedens zu verschaffen, wie er sie zur Wiederherstellung seines Staates brauchte, war er gezwungen, das russische Bündnis zu ergreifen und damit auch bis zu einem gewissen Maße die Bestrebungen der Politik Katharinas zu unterstützen.

Beide waren von vornherein einverstanden darüber, daß kein österreichisch-französischer Kandidat und vor allem nicht wieder ein sächsischer Prinz den polnischen Thron besteigen dürfe. Sie einigten sich ohne Schwierigkeit über die Person des zu Wählenden: Katharina schlug ihren früheren Günstling, den

